Recht der Informationsgesellschaft 48

Fabian Toros

Handlungsoptionen auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft

Eine rechtliche Analyse von Konzessions- und Kooperationsmodellen sowie regulatorischer Entflechtungsbestimmungen

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Recht der Informationsgesellschaft

herausgegeben von

Prof. Dr. Jörg Fritzsche, Universität Regensburg, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht
Prof. Dr. Jürgen Kühling, LL.M., Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht
Prof. Dr. Gerrit Manssen, Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere deutsches und europäisches Verwaltungsrecht
Prof. Dr. Robert Uerpmann-Wittzack, Maître en droit, Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Völkerrecht

Band 48

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Fabian Toros

Handlungsoptionen auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft

Eine rechtliche Analyse von Konzessions- und Kooperationsmodellen sowie regulatorischer Entflechtungsbestimmungen

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2020

1. Auflage 2021

© Fabian Toros

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-7959-8
ISBN (ePDF): 978-3-8487-7959-8

DOI: https://doi.org/10.5771/9783748923435

Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Bände 1 bis 33 sind im Lit-Verlag erschienen.

Dieses Werk ist lizensiert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Meiner Famile

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Vorwort

Die vorliegende Monographie wurde im Sommersemester 2020 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung wurden bis Anfang Juli 2020 berücksichtigt. Nachträglich wurde der Regierungsentwurf zum Telekommunikationsgesetz der Bundesregierung vom 17. Dezember 2020 eingearbeitet.

Ich bedanke mich besonders bei meinem Doktorvater Professor Dr. Jürgen Kühling, LL.M. Er hat meine Dissertation umfassend betreut und mir im gesamten Bearbeitungsprozess viele wertvolle Hinweise gegeben. Die Mitarbeit an seinen vielseitigen und spannenden Projekten hat es mir ermöglicht, über die Dissertation hinaus vertiefte Kenntnisse im gesamten Regulierungsrecht zu erlangen. Insbesondere die Kontakte zu Ministerien und Behörden sowie zur Monopolkommission, die Professor Kühling mir vermittelt hat, waren für meine Forschungstätigkeit sehr hilfreich. Die Arbeit im Lehrstuhlteam hat mir große Freude bereitet und wird mir, als eine der besten Zeiten meines Lebens, stets in positiver Erinnerung bleiben.

Herrn Professor Dr. Gerrit Manssen möchte ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens danken. Auf diese Weise ist es mir möglich, mit einem hochaktuellen Thema schnellstmöglich die Fachöffentlichkeit zu adressieren.

Dr. Stefan Drechsler danke ich für die umfassende und gewissenhafte Korrekturlektüre, durch die ich stets gewinnbringende und zielführende Hinweise für die Arbeit an meiner Dissertation erhielt.

Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitgesellschaftern der schnupperkurs.media GmbH, die mir stets den zeitlichen Freiraum gelassen haben, meine Forschung gewissenhaft betreiben zu können.

Ich möchte mich auch bei meinen Freunden bedanken, die mich auf meinem bisherigen Weg begleitet haben. Besonderer Dank gebührt den Doktoranden an der IREBS International Real Estate Business School der Universität Regensburg, die von Kollegen rasch zu Freunden geworden sind und die Promotionszeit für mich unvergesslich machen.

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Der größte Dank gilt jedoch meiner gesamten Familie, insbesondere meiner Mutter Birgit Toros und meiner Schwester Carolina Toros. Mein Vater Ahmet Toros, der in meiner Kindheit verstorben ist, bleibt unvergessen. Meiner Familie ist dieses Buch gewidmet.

Regensburg/Ratingen, Februar 2021 *Fabian Toros*

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung 21

Kapitel 2: Die Gigabit-Gesellschaft 25

A. Die Entwicklung der Gigabit-Gesellschaft 25
I. Der Begriff der Gigabit-Gesellschaft 26
1. Der Ablauf der Infrastrukturentwicklung 26
2. Die Entstehung der „Gigabit-Gesellschaft“ 27
II. Der Weg in die Gigabit-Gesellschaft 28
III. Zwischenergebnis 30

B. Die Anforderungen an die digitale Infrastruktur der Gigabit-Gesellschaft 31
I. Die Qualitäts- und Kapazitätsparameter 31
1. Die Datenübertragungskapazität 32
2. Alternative Kriterien der Legaldefinition des EKEK 33
3. Relevante Kriterien ohne Veranlagung im unionalen Rechtsrahmen 34
4. Zwischenergebnis 35
II. Die Datenübertragungstechnologien für die Gigabit-Gesellschaft 35
1. Glasfaser als Datenübertragungstechnologie 36
2. Alternative Datenübertragungstechnologien 37
a) Datenübertragungstechnologien auf Basis einer Kupferdoppelader 38
b) Datenübertragungstechnologien auf Basis eines Koaxialkabels 39
c) Funktechnologien 40
III. Die optimale Infrastruktur für die Gigabit-Gesellschaft? 41

C. Der Ausbau gigabitfähiger Infrastrukturen 42
I. Statistiken zum Stand des Ausbaus gigabitfähiger Infrastrukturen 42
1. Die Anzahl der mit gigabitfähigen Infrastrukturen versorgten Haushalte 42
2. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage 43

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

3. Der aktuelle Bandbreitenbedarf auf Basis der Verteilung der vermarkteten Bandbreiten 44
4. Schlussfolgerungen für die weitere Analyse 45
II. Risiken und Kostentreiber beim Ausbau gigabitfähiger Infrastrukturen 46
1. Tiefbaukosten als Kostentreiber 46
2. Die Nachfrageunsicherheit 47
3. Die Markt-, Wettbewerbs- und Regulierungsunsicherheit 50
III. Ergebnis und Schlussfolgerungen 51
D. Fazit 51

Kapitel 3: Exklusivität im Infrastrukturausbau am Beispiel unterschiedlicher Konzessionsmodelle 53

A. Begriffsbestimmung und Begriffsmerkmale der Konzession 53
I. Ursprung des Konzessionsbegriffes im nationalen Recht 54
II. Bau- und Dienstleistungskonzessionen 54
III. Zerfaserung der Terminologie im nationalen Recht 55
IV. Ergebnis 57
B. Exklusivität im Telekommunikationsrecht 57
I. Exklusivität bei der Vergabe von Funkfrequenzen 58
II. Exklusivität bei der Vergabe von Rufnummern 59
III. Exklusivität beim Vectoring 60
IV. Regulatorische Behandlung neuer Netzbestandteile gemäß Art. 76 EKEK 62
V. Rückschlüsse und generelle Anforderungen an den Umgang mit Exklusivität im Telekommunikationsrecht 64
C. Konzessionsmodell auf Basis der Vergabe exklusiver Wegerechte 65
I. Aufbau und Grundstruktur 66
II. Einordnung des Konzessionsmodells auf Basis exklusiver Wegerechte 69
1. Bau- oder Dienstleistungskonzession 69
a) Einordnung des Vertragsgegenstandes als Bau- oder Dienstleistung 70
b) Tatbestandsvoraussetzungen einer Dienstleistungskonzession 73
aa) Beschaffungsbezug im Kontext von Baukonzessionen 75

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

bb) Eigenständige Abgrenzungskriterien für die Dienstleistungskonzession 76
cc) Beschaffungsbezug bei Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe 78
(1) Telekommunikationsnetz der allgemeinen Versorgung 79
(2) Universaldienstgewährleistungsauftrag des Hoheitsträgers 81
(3) „e-Daseinsvorsorge" des Staates 81
(4) Aufbau einer Glasfaserinfrastruktur als „öffentliche Aufgabe" 83
(5) Zwischenergebnis 84
dd) Beschaffungsvorgang nur bei einem unmittelbaren wirtschaftlichen Interesse 84
ee) Stellungnahme und Zwischenergebnis 85
c) Ergebnis 86
2. Einordnung in weitere Konstellationen der Begriffsverwendung 86
III. Allgemeine rechtliche Steuerungsvorgaben aus dem Telekommunikations(wege)recht 86
1. Regulierungsziele als Orientierungsmaßstab für die grundsätzliche Konzeption des Telekommunikationsrechts 87
a) Ziele der Regulierung im Telekommunikationsrecht 87
b) Umgang des Telekommunikationsrechts mit Zielkonflikten 89
c) Kollidierende Ziele im Konzessionsmodell auf Basis der Vergabe exklusiver Wegerechte 89
2. Unionsrechtliche Anforderungen an die Vergabe von Telekommunikationswegerechten 90
3. Grundkonzeption der Wegerechtsvergabe im TKG 92
4. Novellierungserfordernisse zur Ermöglichung einer exklusiven Wegerechtsvergabe 94
5. Ergebnis 95
IV. Ausgestaltung des Konzessionsvergabeverfahrens 96
1. Steuerungsvorgaben des europäischen und deutschen Verfassungsrechts 97
a) Grundrechte 97
aa) Identifikation des einschlägigen Grundrechtskataloges 98

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

bb) Vereinbarkeit mit den erwerbsbezogenen Grundrechten 102
(1) Unionale Gewährleistungen aus Art. 15 Abs. 1 und 16 GRCh 102
(2) Nationale Gewährleistungen aus Art. 12 Abs. 1 GG 104
cc) Vereinbarkeit mit den Gleichheitsrechten der GRCh und des GG 104
b) Staatsorganisationsrechtliche Vorgaben des Art. 87f GG 104
aa) Zuständige Behörde für die Durchführung des Konzessionsvergabeverfahrens 105
(1) Kompetenzrechtliche Steuerungsvorgaben aus dem Verfassungsrecht 106
(2) Verfassungsrechtliche Vorgaben zur Verwaltungsorganisation 106
(3) Ergebnis 107
bb) Verfahrensausgestaltung 108
cc) Ergebnis 108
2. Steuerungsvorgaben des Wettbewerbsrechts 109
a) Anwendbarkeit des Wettbewerbsrechts neben dem TKG 109
b) Anwendbarkeit des Wettbewerbsrechts auf staatliches Handeln 110
c) Anwendbarkeit des Wettbewerbsrechts aufgrund der Übertragung ausschließlicher Rechte gemäß Art. 106 AEUV 112
aa) Privilegiertes Unternehmen im Sinne des Art. 106 Abs. 1 AEUV 112
bb) Rechtsfolge der Erfüllung des Tatbestandes des Art. 106 Abs. 1 AEUV 113
cc) Einschränkung durch Art. 106 Abs. 2 AEUV 113
d) Ergebnis 115
3. Steuerungsvorgaben des Vergaberechts 115
a) Ausschluss der Anwendbarkeit der KVRL und der §§ 105 ff. GWB 115
b) Vergaberechtliche Erleichterungen durch eine Inhouse-Vergabe 120
c) Steuerungsvorgaben des unionalen Primärrechts 120
d) Ergebnis 122

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

4. Vereinbarkeit des Konzessionsmodells auf Basis der Vergabe exklusiver Wegerechte mit dem EU-Beihilfenrecht 123
5. Folgen für die Ausgestaltung des Vergabeverfahrens 125
a) Vorgaben des unionalen Primärrechts für die Verfahrensausgestaltung 125
aa) Primärrechtliche Ver- und Gebote bei der Verfahrensausgestaltung 125
bb) Praktische Auswirkungen auf das Konzessionsvergabeverfahren 126
b) Vereinbarkeit mit den Steuerungsvorgaben des EKEK 127
V. Umgang mit Bestandsinfrastruktur und bereits erteilten Wegerechten 128
1. Auswirkung von Bestandsinfrastruktur im Konzessionsgebiet 128
2. Schutzbereich des Grundrechts auf Eigentum aus Art. 17 Abs. 1 GRCh 130
3. Maßnahmen zum Umgang mit Bestandsinfrastruktur als Einschränkung des Eigentumsgrundrechts 131
4. Rechtfertigung der Einschränkungen des Eigentumsgrundrechts 132
a) Gesetzliche Grundlage der Eigentumsübertragungspflicht 132
b) Verhältnismäßigkeit der Eigentumsübertragungspflicht 133
aa) Legitimes Ziel und öffentliches Interesse 133
bb) Eignung 134
cc) Erforderlichkeit der Eigentumsübertragungspflicht 135
dd) Zahlung einer angemessenen und rechtzeitigen Entschädigung 136
ee) Verhältnismäßigkeit des Eigentumsentzuges im engeren Sinne 137
c) Zwischenergebnis 138
5. Eigentumsgrundrecht des Grundgesetzes (Art. 14 Abs. 1 GG) 138
6. Umgang mit bereits erteilten Wegerechten 138
7. Ergebnis 139
VI. Ergebnis 140

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

D. Konzessionsmodell zum Aufbau und Betrieb staatlicher Telekommunikationsinfrastrukturen 142
I. Beispiele für die Ausgestaltung des Konzessionsmodells zum Aufbau und Betrieb staatlicher Infrastrukturen 143
1. Das griechische „Ultrafast Broadband Infrastructure Scheme“ 143
2. Die italienische „Strategia Banda Ultralarga“ 144
3. Gemeinsamkeiten der Modelle 145
4. Klassifikation als Konzessionsmodell 146
II. Abgrenzung zum Konzessionsmodell auf Basis der Vergabe exklusiver Wegerechte 147
III. Ergebnis 147
E. Konzessionsmodell auf Basis der Vergabe exklusiver Fördermittel 148
F. Ergebnis 149

Kapitel 4: Beschleunigung des Infrastrukturausbaus durch die Entflechtung und regulatorische Privilegierung von Wholesale-Only-Anbietern 151

A. Ökonomische Grundlagen der vertikalen Integration 152
I. Wertschöpfungsketten im Telekommunikationssektor 152
1. Begriffsanalyse 153
2. Vertikale Integration im Telekommunikationssektor 154
a) Betriebswirtschaftliche Vorteile einer vertikalen Integration 154
b) Gefahren für den Wettbewerb und regulatorische Handlungsoptionen 156
3. Wholesale-Only als betriebswirtschaftlich sinnvolles Geschäftsmodell und Beschleunigungsansatz für den Infrastrukturausbau? 157
4. Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen 159
II. Stufenlehre zur Kategorisierung von Entflechtungsmaßnahmen 160
1. Struktur des Stufensystems 161
2. Wholesale-Only-Anbieter im Stufensystem 164
III. Schlussfolgerungen für die juristische Analyse 165

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

B. Entstehung von Wholesale-Only-Anbietern durch eine staatlich indizierte funktionelle Trennung 165
I. Normative Ausgestaltung der funktionellen Trennung im Telekommunikationsrecht 166
1. Steuerungsvorgaben des Regulierungsrechts für den Telekommunikationssektor 166
a) Die Grundstruktur des Art. 77 EKEK de lege lata 166
b) Vorgaben des § 40 TKG 168
2. Anpassungsbedarf und -möglichkeit des Rechtsrahmens de lege ferenda? 169
a) Erweiterung der Entflechtungsintensität der Kompetenzgrundlage 170
b) Schaffung einer neuen Kompetenzgrundlage aufgrund systematischer und teleologischer Bedürfnisse? 170
c) Verfassungsmäßigkeit der Kompetenzgrundlage und ihrer Anwendung im Einzelfall 172
aa) Vereinbarkeit mit den erwerbsbezogenen Grundrechten 172
bb) Vereinbarkeit mit dem Grundrecht auf Eigentum 175
cc) Gleichbehandlung vertikal integrierter Telekommunikationsunternehmen 175
dd) Zwischenergebnis 176
d) Ergebnis 177
II. Mögliche Aufspaltung des Unternehmens nach deutschem Kartellrecht zur Beschleunigung des Infrastrukturausbaus? 178
III. Ergebnis 180
C. Freiwillige Separierung vertikal integrierter Telekommunikationsunternehmen 181
I. Freiwillige Aufspaltung am Beispiel des Unternehmens CETIN 181
II. Gesellschaftsrechtliche Vorgaben zur Aufspaltung von Unternehmen 182
III. Regulatorische Behandlung freiwillig getrennter Telekommunikationsunternehmen 184
1. Freiwillige Trennung im unionalen Rechtsrahmen 185
2. Umsetzung der unionalen Vorgaben im nationalen Recht 188
3. Anpassungsbedarf der Vorgaben de lege ferenda? 189

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

IV. Zwischenergebnis 189
D. Gründung als Wholesale-Only-Unternehmen 190
I. Beispiele für ausschließlich auf der Vorleistungsebene tätige Unternehmen 190
1. Kommunaler Glasfaserausbau durch AB Stokab in Stockholm 191
2. Geschäftsmodell der Mitverlegung der deutschen GasLINE 192
II. Regulatorischer Umgang mit Wholesale-Only-Anbietern 193
III. Zwischenergebnis und Ausblick 196
E. Optimierungsvorschläge außerhalb der regulatorischen Entflechtungsbestimmungen 197
F. Fazit 199

Kapitel 5: Kooperationen im Glasfaserausbau 203

A. Grundlegende Erwägungen zur ökonomischen Bewertung von Kooperationen 204
I. Abgrenzung des Kooperationsbegriffes 204
II. Ökonomische Grundlagen 206
1. Ökonomische Auswirkungen von Kooperationsvorhaben auf den Breitbandausbau 207
2. Anreize für einen kooperativen Glasfaserausbau 209
III. Schlussfolgerungen für die juristische Analyse 210
B. Der Anwendungsbereich wettbewerbsrechtlicher Regelungsregime 211
I. Die Gründung der Glasfaser Nordwest als Fallbeispiel 211
II. Eröffnung des Anwendungsbereiches der nationalen Vorgaben zur Fusionskontrolle 213
1. Zusammenschluss im Sinne des GWB 213
a) Erfüllung eines Zusammenschlusstatbestandes 213
b) Behandlung als einheitliches Unternehmen 214
c) Zwischenergebnis 216
2. Weitere Anwendungsvoraussetzungen der Vorgaben zur Fusionskontrolle 217
a) Umsatzschwellenwerte 217
b) Ausnahmen 219

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

3. Verhältnis von unionaler oder nationaler Fusionskontrolle 220
a) Exklusivität der Anwendungsbereiche durch das „One-Stop-Shop"-Prinzip 220
b) Abgrenzungskriterium des „Vollfunktions-gemeinschaftsunternehmens" im Sinne des Art. 3 Abs. 4 FKVO 221
c) Ergebnis 223
4. Ergebnis 224
III. Anwendbarkeit des Kartellverbotes aus § 1 GWB 225
1. Sperrwirkung der Vorgaben zur Fusionskontrolle? 225
2. Sperrwirkung des unionalen Kartellverbotes aus Art. 101 AEUV? 227
3. Ergebnis 228
C. Abgrenzung der relevanten Märkte 229
I. Grundlagen zur Marktabgrenzung im Wettbewerbsrecht 229
1. Sachliche Marktabgrenzung 230
2. Räumliche Marktabgrenzung 231
3. Möglichkeit der divergierenden Marktabgrenzung durch unterschiedliche Behörden 232
4. Fazit 234
II. Breitbandinternetzugangs- und Endkundenmärkte des Telekommunikationssektors 235
1. Sachliche Marktabgrenzung 235
a) Endkundenmarkt für festnetzbasierten Internetzugang 235
b) Markt für den lokal bereitgestellten Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung 237
c) Markt für den zentral bereitgestellten Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung 238
2. Räumliche Marktabgrenzung 239
a) Beschlusspraxis der Bundesnetzagentur zur räumlichen Abgrenzung der Anschlussmärkte 240
b) Beschlusspraxis des Bundeskartellamts zur räumlichen Abgrenzung der Anschlussmärkte 242
c) Abgrenzung regionaler Teilmärkte oder Auferlegung regional differenzierter Abhilfemaßnahmen auch im Regulierungsrecht? 242
aa) Begrenzung des räumlich-relevanten Marktes auf das Kooperationsgebiet 243

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

bb) Möglichkeit der Auferlegung regional differenzierter regulatorischer Verpflichtungen 245
cc) Zwischenergebnis 247
3. Ergebnis und Ausblick 247
III. Ausschreibungsmarkt für den geförderten Breitbandausbau 248
IV. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen 250

D. Regulatorische Rahmenbedingungen zum Schutz des Wettbewerbs bei Kooperationsvorhaben 252
I. Entstehung eines Gemeinschaftsunternehmens mit beträchtlicher Marktmacht 252
II. Beteiligung eines Unternehmens mit beträchtlicher Marktmacht am Gemeinschaftsunternehmen 253
1. Unternehmensbegriff des § 3 Nr. 29 TKG 253
a) Wortlaut des § 3 Nr. 29 TKG 254
b) Teleologische und unionsrechtskonforme Reduktion des § 3 Nr. 29 TKG? 254
c) Ergebnis 257
2. Erstreckung der telekommunikationsrechtlichen Regulierungsverfügungen auf paritätische Gemeinschaftsunternehmen 257
3. Novellierung der regulatorischen Rahmenbedingungen durch den EKEK 262
a) Regulatorische Verpflichtungszusage gemäß Art. 79 EKEK 262
aa) Verpflichtungszusage im Kartellrecht 263
bb) Öffentlich-rechtliche Verträge im Rahmen des Marktregulierungsverfahrens 263
cc) Verpflichtungszusage im unionalen Telekommunikationsrecht 264
dd) Umsetzung im Telekommunikationsgesetz 266
b) Privilegierungstatbestände für Kooperationsvorhaben im EKEK 267
aa) Regulatorische Behandlung neuer Bestandteile von Netzen mit sehr hoher Kapazität gemäß Art. 76 EKEK 267
bb) Kooperationsvereinbarungen im Sinne des Art. 79 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a EKEK 272
cc) Novellierung des Telekommunikationsgesetzes 273
c) Auswirkungen des neuen Rechtsrahmens auf Kooperationsvorhaben 274

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

d) Ergebnis 275
4. Optimierungsbedarf der regulatorischen Rahmenbedingungen 275
a) Weitergehender normativer Anpassungsbedarf de lege ferenda 276
b) Änderungsbedarf im Hinblick auf die Spruchpraxis der Regulierungsbehörden 277
c) Zwischenergebnis 277
5. Ergebnis 277
III. Ergebnis 278

E. Kartellrechtliche Rahmenbedingungen zum Schutz des Wettbewerbs bei Kooperationsvorhaben 279
I. Steuerungsvorgaben aus dem Recht der Fusionskontrolle 279
1. Zusammenspiel von regulatorischen Verpflichtungen und fusionskontrollrechtlicher Wettbewerbsanalyse 280
2. Verpflichtungszusage im Fusionskontrollrecht 282
3. Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen 285
II. Steuerungsvorgaben des Kartellverbots gemäß § 1 GWB 286
1. Tatbestand des Kartellverbotes des § 1 GWB 287
2. Freistellung vom Kartellverbot gemäß § 2 GWB 288
a) Ausbaukooperation und Effizienzgewinn 288
b) Verbraucherwohlfahrt 290
c) Negative Freistellungsvoraussetzungen 290
d) Zwischenergebnis 291
3. Verpflichtungszusage 291
4. Ergebnis und Schlussfolgerungen 292

F. Fazit und Ausblick 292

Kapitel 6: Das Zusammenspiel verschiedener Handlungsoptionen auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft 295

I. Hochkomplexe Ausgangslage 295
II. Zielrichtung und Anpassungsfähigkeit des Telekommunikationsrechtsrahmens 296
III. Zusammenspiel von allgemeinem und sektorspezifischem Wettbewerbsrecht 300
IV. Keine Instrumentalisierung des allgemeinen Wettbewerbsrechts zur Beschleunigung des Glasfaserausbaus 301
V. Zuständigkeit und Ausstattung von Behörden 302

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

VI. Flexibilisierung des Marktregulierungsverfahrens durch Verpflichtungszusagen 302
VII. Wettbewerb im Netz oder Wettbewerb um das Netz? 303
VIII. Keine Verpflichtung zur Umsetzung von Geschäftsmodellen durch staatlichen Zwang 305
IX. Zusammenspiel der Anpassung des Rechtsregimes mit der Vergabe von Fördermitteln 307

Literaturverzeichnis 309

Verzeichnis nur über das Internet abrufbarer Entscheidungen 329

https://doi.org/10.5771/9783748923435-1, am 14.08.2024, 22:08:13
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb